

STADLER AUS BERLIN

10. Juli 2026



Liebe Leserinnen und Leser,

das Kabinett hat den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung bis 2030 beschlossen. Ziel ist, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen und die Grundlagen für gute Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Dafür werden 2027 insgesamt 117,5 Milliarden Euro investiert – so viel wie nie zuvor. Ein zentraler Baustein ist das Sondervermögen, mit dem der Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte abgebaut wird. Die Mittel fließen unter anderem in Schienen und Straßen, sozialen Wohnungsbau, Kitas und Schulen, Digitalisierung, Forschung sowie in die Modernisierung unseres Landes. Gleichzeitig wird die Verteidigungsfähigkeit, der Katastrophenschutz und die innere Sicherheit gestärkt. Klar ist aber auch: Investitionen allein reichen nicht aus. Es geht ebenso um Reformen, die für mehr Wachstum, Innovation und gute Lebensbedingungen sorgen. Als Haushälterin werde ich die Verhandlungen für meine Fraktion in den Bereichen Familie und Gesundheit führen, der Beschluss ist wie üblich für Ende November geplant.

V.i.s.d.P.: Svenja Stadler, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon 030 227 77171
svenja.stadler@bundestag.de

POLITISCHER WOCHENRÜCKBLICK

In der letzten Sitzungswoche des Bundestages vor der sitzungsfreien Sommerzeit haben wir einige Gesetze abschließend abgestimmt (u.a. zum antragslosen Kindergeld, zur Aussetzung der Diätenerhöhung und zum Gebäudemodernisierungsgesetz, komplette Tagesordnungen der Woche: [hier](#)).

Die größte Aufmerksamkeit wurde sicherlich dem Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung zuteil. Für die SPD-Bundestagsfraktion war es ein zentrales Anliegen, die Lasten der unvermeidbaren Konsolidierung gerechter zu verteilen. Wir konnten den Anteil, den die Versicherten beitragen müssen, von ursprünglich 26 Prozent auf perspektivisch rund 14 Prozent senken. Wir haben soziale Härten vermieden, indem wir Kürzungen beim Krankengeld verhindert haben, die ursprünglich geplante Dynamisierung der Zuzahlungen wurde vollständig gestrichen und die beitragsfreie Familienversicherung deutlich familienfreundlicher ausgestaltet. Dieses Gesetz schafft die notwendige finanzielle Stabilität für das kommende Jahr. Weitere Schritte und vor allem eine verstärkte Hinwendung zur Prävention werden für eine langfristige Stabilität unseres Gesundheitssystems unvermeidbar sein.

Wir werden zudem unmittelbar nach der Sommerpause die Regelungen für den Übergang in ein neues Vergütungssystem zugunsten der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten deutlich verbessern. Darüber hinaus werden wir dort die Bedarfsplanung weiterentwickeln. Ziel sind bessere Patientensteuerung, kürzere Wartezeiten und ein schnellerer Zugang.

INFORMATIONSFREIHEIT VERTEIDIGEN!

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ist in diesem Jahr 20 Jahre alt geworden und die einfachgesetzliche Aktivierung des Grundrechts der Informationsfreiheit hat sich bewährt. Ein moderner Staat und eine moderne Verwaltung brauchen Transparenz. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt daher das Vorhaben, das IFG unter Wahrung des Rechts auf Informationszugang weiterzuentwickeln, zu vereinfachen und verständlicher sowie transparenter zu machen. Maßgabe dazu ist die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrages, nach der wir das Informationsfreiheitsgesetz in der bisherigen Form reformieren wollen. Selbstverständlich muss auch angesichts der dramatisch veränderten Sicherheitslage überprüft werden, ob die staatliche Resilienz und der Schutzbedarf etwa der kritischen Infrastruktur sichergestellt wird. Nach unserer Einschätzung enthält das IFG die notwendigen Vorschriften zum Schutz der berechtigten staatlichen Sicherheitsbelange, die den Schutz seit zwanzig Jahren ausnahmslos gewährleistet haben. Überprüft werden müssen aber Veröffentlichungspflichten in den Spezialgesetzen etwa zu kritischen Infrastrukturen, da sich hier möglicherweise heute andere Einschätzungen ergeben.

Es darf nicht zu einer Reduzierung der bestehenden Auskunftsansprüche für Bürgerinnen und Bürger, für Presse und Zivilgesellschaft kommen. Für eine Abschaffung des bisherigen Transparenzniveaus des Informationsfreiheitsgesetzes wird es keine Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion geben. Das Gesetz ist ein wesentlicher Bestandteil der lebendigen Demokratie. Dabei muss eine Reform des IFG darauf abzielen, den Zugang zu staatlichen Informationen einfacher, digitaler und effizienter zu gestalten. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass die Kontrollmöglichkeiten von Presse und Zivilgesellschaft geschwächt wird.

HOFFEST DER BUNDESTAGSFRAKTION

Das alljährliche Hoffest der SPD-Bundestagsfraktion fand mit musikalischer Begleitung und politischen Ansprachen am Mittwoch Abend statt. Gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Berliner Büro habe ich an den Festlichkeiten teilgenommen. Nach der Begrüßung durch unseren Fraktionsvorsitzenden Matthias Miersch haben Abgeordnete und Mitarbeiter bei Speis und Trank gemeinsam den Abend ausklingen lassen.



HIGHLIGHT DER WOCHE

Das Hoffest der SPD- Bundestagsfraktion

**Vielen Dank und bis zum nächsten
Mal!**